

tion zum Nutzen gereicht. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß gerade Vertreter jener rechten sozialdemokratischen Kreise 1945 den Sozialismus als Tagesaufgabe bezeichneten, die heute in der staatsmonopolistischen BRD den Staat sehen, der ihren staatspolitischen Zielen entspricht.

In den Grundsätzen und Zielen der SED waren die prinzipiellen Positionen zur Staatsfrage mit konkreten Vorschlägen für den Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Republik verbunden. Sie wurden von der Geschichte als tragfähige Basis für den weiteren Aufbau der staatlichen Organe, die Vervollkommnung ihrer Arbeitsweise und damit auch für die Entwicklung des Staatsrechts bestätigt.

Nachdem die antifaschistisch-demokratischen Kräfte bedeutsame politisch-ökonomische Positionen erkämpft hatten und das Verständnis der Werktätigen für die Ursachen der verheerenden imperialistischen Kriegspolitik sowie für die zu lösenden Aufgaben geweckt worden war, konnten demokratische Wahlen durchgeführt werden. Es lag im Interesse der revolutionären Umgestaltung, daß Wahlen nicht zum Ausgangspunkt genommen, sondern als Mittel zur Weiterführung und Sicherung der Umwälzung eingesetzt wurden. Die Voraussetzung waren folglich grundlegend veränderte Machtverhältnisse.

Im September 1946 fanden die *Wahlen zu den Gemeindevertretungen* und im Oktober die *Wahlen zu den Kreis- und Landtagen* statt. Die Wahlbewegung gestaltete sich zu einem großen Ringen um die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, die Gewinnung der Werktätigen für die demokratische Neugestaltung und ein engeres Bündnis aller progressiven Kräfte unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse. Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen mit restaurativen Kräften, und es mußte der Kampf gegen verbreitete Auffassungen geführt werden, die eine gesellschaftliche Entwicklung nach bürgerlich-demokratischem Muster vertraten. Insbesondere mit ihrem Wahlauf Ruf zu den Gemeindewahlen vom 17. 6.1946, dem Programm zu den Gemeindewahlen vom 20. 6.1946, den Kommunalpolitischen Richtlinien vom 17. 7.1946 und den vom Parteivorstand beschlossenen Grundrechten des deutschen Volkes vom 19.9.1946 bestimmte die SED den politischen Inhalt des Wahlkampfes.

Die Parteien des Demokratischen Blocks traten bei diesen ersten Wahlen mit selbständigen Kandidatenlisten auf. Die SED ging aus den Wahlen als die stärkste Partei hervor. Bei den Gemeindewahlen erhielt sie 58,5 Prozent, bei den Wahlen zu den Kreistagen 50,3 Prozent und bei den Wahlen zu den Landtagen 47,5 Prozent der Stimmen.²⁵ Somit waren die ersten demokratischen Wahlen nach der Befrei-

25 Detaillierte Angaben zu den Ergebnissen der Wahlen vom Herbst 1946 und zur Konstituierung der staatlichen Organe nach den Wahlen enthält: H. Fiedler, *SED und Staatsmacht*, a. a. O., insbes. S. 91-122. Die Sitzverteilung in den Gemeindevertretungen war danach z. B. wie folgt:

Land	SED	CDU	LDPD
Brandenburg	73,0%	M%	7,2 %
Mecklenburg	90,3 %	5,7%	1,6 %
Sachsen	75,7%	12,2 %	8,3%
Sachsen-Anhalt	78,6%	7,6%	10,0 %
Thüringen	63,1 %	12,3 0/0	13,6 %
gesamte SBZ	76,2%	9,5 %	8,3%